Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 16. Januar 1930
Donnerstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68. Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich 4.35 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung.) Anzeigenpreis: 0.40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 0.25 RM. die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 26
16. 1. a

10 Pfennig

Hindenburg Ehrenbürger von München

Heute fand im Hause des Reichspräsidenten die feierliche Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes durch den Oberbürgermeister Scharnagl und den zweiten Bürgermeister Dr. Küfner statt.

Die Urkunde, die ausgeführt ist von Frau Prof. Anna Simons-München, hat nachstehenden Wortlaut: „Der Stadtrat München hat am 9. November 1929 beschlossen, seiner Exzellenz, dem Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Beneckendorff und v. Hindenburg, dem verdienstvollen Schützer der deutschen Heimat, dem bewährten Heerführer der deutschen Truppen, dem Vorbild treuer Pflichterfüllung in der Zeit der Not des Vaterlandes, als Zeichen der Dankbarkeit und der aufrichtigen Freude, die der alljährliche Erholungsaufenthalt des Herrn Reichspräsidenten in der schönen bayerischen Heimat in unserem Lande auslöst, das Ehrenbürgerrecht von München, der Landeshauptstadt von Bayern, zu verleihen."

Im Anschluß hieran folgten die Münchener Bürgermeister einer Einladung des Reichspräsidenten zu einem Frühstück, an dem u. a. auch Reichspostminister Dr. Schätzel und der bayerische Gesandte in Berlin Dr. v. Preger teilnahmen.

Heute Schlußsitzung des Völkerbundsrats

Die oberschlesischen Minderheitenbeschwerden erledigt

Genf, 16. 1.

Der Völkerbundsrat hat gestern die auf seiner Tagesordnung stehenden oberschlesischen Minderheitenbeschwerden bereinigt, mit der einzigen Ausnahme der rechtswidrigen Entlassung von 32 Knappschaftsärzten, die zur deutschen Minderheit gehören. Die Beschwerde wurde bis zur Maitagung verschoben werden, da der Berichterstatter Adatchi-Japan wegen seiner Teilnahme an den Haager Verhandlungen nur für 24 Stunden nach Genf kommen und keine Zeit finden konnte, das sehr umfangreiche Beschwerdematerial durchzuarbeiten.

Im Beschwerdefalle des früheren Knappschaftsbeamten Lubos hat der Rat festgestellt, daß auf Lubos durch die Leitung des Knappschaftsvereins Spolka Braca in ganz ungehöriger Weise ein Druck ausgeübt worden ist, weil seine Kinder die deutsche Minderheitenschule besuchten. Auf Wunsch des Rates hat die polnische Regierung das Erforderliche zu veranlassen, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden und die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen. Nach dieser Regelung zugunsten Lubos hat Staatssekretär v. Schubert in der Ratssitzung an die Adresse der polnischen Regierung die Bitte gerichtet, Lubos zu entschädigen. Zalesti sagte wohlwollende Prüfung zu.

Weiter hat die polnische Regierung dem Rat mitgeteilt, daß dem früheren Direktor Benisz von der Spolka Braca wegen seiner minderheitenfeindlichen Aktion ein strenger Verweis erteilt worden ist und daß die leitenden Stellen des erwähnten Knappschaftsvereins darauf hingewiesen wurden, daß eine unterschiedliche Behandlung seiner Mitglieder oder Funktionäre, je nachdem sie der Mehrheit oder Minderheit angehören, völlig unzulässig ist.

Eine Beschwerde betraf wiederholte Unregelmäßigkeiten bei der Wahl des Angestelltenrates der Grube Richter der Königs- und Laurahütte. Der Wahlvorstand hatte die deutsche Liste in ganz unzulässiger Weise für ungültig erklärt. Ueberdies wurden alle deutschen Wahlkandidaten bis auf zwei von der Grubenverwaltung entlassen. Der Spitzenkandidat Wiesner hat sich unmittelbar an den Völkerbundsrat gewandt, der den Fall der Gemischten Kommission für Oberschlesien überwiesen hat.

Der Völkerbundsrat trat heute vormittag 10.30 Uhr, das heißt genau zur gleichen Stunde, in der vor zehn Jahren seine erste aus einer einzigen Sitzung bestehende Tagung begann, zu seiner Schlußsitzung zusammen.

Briand und Grandi

fs. Paris, 16 .1. (Eigenbericht)

Ueber den Inhalt der gemeldeten Unterredung Briand-Grandi in Annemasse sind in der französischen Presse nur spärliche Mitteilungen zu finden. Der Genfer Korrespondent des „Matin" schreibt, die offiziellen Communiqués würden sich damit begnügen, von dem freundschaftlichen Verlauf der Unterredung und von den guten Aussichten für die künftigen Unterredungen zu sprechen. Andererseits verhehle man sich aber nicht die Bedeutung, die diese erste direkte Besprechung der Minister des Aeußeren der beiden Länder an sich schon habe, nachdem man sieben Jahre lang nur mit diplomatischen Noten verhandelte. Die gestrige Unterredung habe sich u. a. auf die Londoner Seeabrüstungskonferenz bezogen. Hier hätten sich nach italienischen Nachrichten die von den beiden Regierungen eingenommenen Stellungen nicht geändert. Italien verlange weiter die absolute Parität, während Frankreich vorschlage, im Mittelmeer keine höhere Tonnage als die seinige einzuführen. Die beiden Minister hätten sich aber auch nützlich über die französisch-italienische Verständigung in Nordafrika unterhalten können, die schon lange auf eine Lösung warte, mit dem Problem des Niederlassungsrechts der Italiener usw. Das sei ein bedeutendes Ereignis des Tages.

Briands Abreise nach Paris wird für heute 1 Uhr angekündigt.

Keine Aenderung in der Mobilisierungsfrage

Reichspostminister Schätzel und Generaldirektor Dorpmüller nach dem Haag gebeten

Die Endschwierigkeiten — Nachmittags Bankierbesprechungen — Herr Dr. Wirth schweigt noch immer — Letzter Kampf um Zeitgewinn nötig

Dr. F. K. Den Haag, 15. 1.
(Sonderbericht der „DAZ")

Nach dem Essen, das die deutsche Abordnung gestern abend der französischen Delegation gegeben hat, blieben die Vertreter der beiden Staaten fast bis 2 Uhr nachts zusammen und berieten das Privatisierungsproblem. Hiernach saß noch einmal die deutsche Delegation, um sich über die weiteren Schritte klar zu werden. Man ersieht hieraus die großen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind.

In der Sitzung der sechs Mächte, die 1½ Stunden dauerte, konnte trotz dieser Vorbereitungen keine Einigkeit erzielt werden. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer wies darauf hin, daß es unmöglich sei, eine Anleihesperre auch für Reichsbahn und Reichspost zu übernehmen.

In der Sitzung verlangte demgegenüber Ministerpräsident Tardieu, daß die Anleihesperre für Deutschland sich nicht nur für das Reich als solches, sondern auf alle auch anders gearteten öffentlichen Anleihen einschließlich Bahn und Post beziehen solle.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn Dorpmüller und Reichspostminister Schätzel sind gebeten worden, morgen früh nach dem Haag zu kommen, um die finanzielle Situation der Reichsbahn und der Reichspost darzulegen.

Sodann erstattete Loucheur einen vertraulichen Bericht über den Stand der Osttributfrage, worüber eine private Sitzung der sechs Mächte schon heute nachmittag stattfinden wird. Die ununterbrochenen Verhandlungen mit Ungarn, der Kleinen Entente, Bulgarien und Oesterreich haben bisher keine wesentlichen Fortschritte erzielt.

Heute nachmittag finden Besprechungen mit den hier anwesenden Bankiers unter Hinzuziehung der Herren Reynolds und Dr. Schacht statt, um die Aussichten des Kapitalmarktes und den Gesamtkomplex der Mobilisierungsfrage zu prüfen. Was den Termin der Sperre für eigentliche Anleihen des Reiches betrifft, so hat Dr. Moldenhauer heute ein weiteres Entgegenkommen über den 1. April 1931 hinaus nicht in Aussicht gestellt.

Es spitzt sich auf die Mobilisierungsfrage zum Schlusse natürlich die gesamte Konferenz infolgen zu, als die Franzosen trotz der ungeheuren Vorteile, die sie durch den Young-Plan und die damit verbundenen Abmachungen erhalten, den entscheidenden Wert darauf legen, zu barem Gelde zu gelangen. Auch hier ist noch eine Chance für die deutsche Verhandlungsposition gegeben, die voll auszunützen wir die deutsche Delegation nicht dringend genug ersuchen können.

Eine neue Sitzung der sechs Mächte findet erst morgen, Freitag, nachmittag statt, nachdem am Vormittag mit dem Reichspostminister und dem Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft die finanzielle Lage der Unternehmungen durchgesprochen sein wird. Die beiden Unternehmen haben einen Kapitalbedarf von 500 Millionen Reichsmark.

Das Hauptgesprächsthema in sämtlichen Delegationen und innerhalb der internationalen Presse ist natürlich heute früh die Sanktionsregelung. Drei typische Beispiele für die Auffassung in außerdeutschen Kreisen: **die holländische Presse hebt fast durchweg den Erfolg Tardieus hervor mit dem Hinzufügen, der „äußerste Fall" werde allerdings schwerlich real werden. Das ist durchaus zu bezweifeln und wird vielmehr von den machtpolitischen Verhältnissen in Europa abhängen, vor allem aber auch von der Entwicklung Deutschlands selbst. Wenn wir tatsächlich auf Jahrzehnte hinaus keine Anstalten machen, uns von der Tributlast zu befreien, wenn, was praktisch natürlich vollkommen ausgeschlossen ist, der Young-Plan für längere Zeit erfüllbar wäre, dann hätte diese holländische Auffassung recht, aber nur dann.**

In linksstehenden französischen Kreisen wird die Regelung aus innerpolitischen französischen Gründen sehr bedauert. Man habe Herrn Tardieu zu einem Erfolg verholfen, obwohl er damit nur einen Trumpf gegen Briand und gegen die französische Linke ausspielen wolle.

Und die amerikanische Heartpresse schließlich stellt das Uebereinkommen als eine „vollkommene Niederlage Deutschlands" dar.

Wir beschränken uns heute auf die Wiedergabe dieser Stimmen. Wir fügen noch hinzu, daß der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth ungluücklicherweise bisher seine geradezu unerhörte und politisch absolut unverständliche Haltung in der gestrigen Sitzung, von der wir berichtet haben, bisher weder zu erklären, noch zu begründen Anstalten gemacht hat. Er gibt sich einer schweren Täuschung hin, wenn er glauben sollte, daß sein unpolitisches und den deutschen Interessen schwer schädliches Verhalten ohne Folgen bleiben könnte. Vielleicht ist ihm bisher die Tragweite seiner gestrigen Stellungnahme gegen England noch nicht bewußt geworden. Aus dem amtlichen Pressebericht konnte er allerdings das deutsche Echo schwer ersehen. Wir werden dafür sorgen, daß er volle Aufklärung erhält.

Im übrigen stehen wir vor den Schlußentscheidungen der Konferenz. Es muß überlegt werden, ob es noch Möglichkeiten gibt, die Unterzeichnung des Vertragswerkes zu verhindern. Wir denken nicht an vollständigen Umsturz der Grundlagen des Young-Planes, wofür es bereits zu spät ist. Aber wir halten noch immer für möglich, eine Paraphierung unter dem schweren Druck zum Abschluß drängenden Gegenseite zu verhindern und Zeit für neue Verhandlungen zu gewinnen. Darüber wird noch einiges zu sagen sein.

Wieder Saarverhandlungen

fs. Paris, 16. 1. (Eigenbericht)

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen, die wegen der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage verschoben wurden, sind wieder aufgenommen worden. Im Arbeitszimmer des Leiters der französischen Delegation, Arbeitsminister Pernot, fand im Laufe des gestrigen Nachmittags eine erste Unterredung nach den Feiertagen statt.

Winterschlaf der bürgerlichen Parteien

Die Sozialdemokraten beraten über Haag

Die innerpolitischen Auswirkungen der Haager Beschlüsse lassen sich vorläufig schwer übersehen, da die Mehrzahl der Parlamentarier außerhalb Berlins weilt und die Parteibüros ebenfalls in ihrer Mehrheit nicht im Betrieb sind — mit Ausnahme des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes, auf dessen nicht sehr erfreuliche Tätigkeit wiederholt hingewiesen werden mußte. Er will sich heute nachmittag mit den letzten Haager Vorgängen beschäftigen, und in manchen Kreisen, die das richtige Gefühl haben, daß auf Grund des Haager Gesamtergebnisses die Krisengefahr nicht von der Hand zu weisen ist, glaubt man, diese Beratung als Einleitung der Regierungskrise auffassen zu müssen. Es wird sich zeigen, ob die sozialdemokratischen Führer ihre Vorstöße gegen Dr. Schacht fortsetzen.

Der „Fall Wirth" spielt eine Sonderrolle. Er wird in der Zukunft noch zu weiteren Auseinandersetzungen führen. Das Zentrum befindet sich ohnehin in einer schwierigen Stellung, da es seine Zustimmung zum Young-Plan von sehr scharf formulierten Bedingungen abhängig gemacht hat, die bisher nicht erfüllt sind. In ähnlicher Lage befindet sich die Deutsche Volkspartei, vor allem nach der höchst bedenklichen Lösung der Sanktionsfrage.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist auf Sonnabend vormittag einberufen worden, um über das Zusammentreten des Plenums Beschluß zu fassen. Im Vordergrund steht der schon vor den Weihnachtsferien in Aussicht genommene Termin des 23. Januar. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß man den Zusammentritt des Reichstags um eine Woche verschiebt.

Das parlamentarische Hauptgewicht wird nunmehr bei der Vorbereitung des neuen Etats liegen, der mit der äußersten Beschleunigung in Angriff genommen werden muß — ganz gleich, wie das Schicksal der Regierung sein mag.

Die „lex Schacht"

Unsere Haager Meldung im heutigen Morgenblatt über die geplanten Aenderungen des Reichsbankgesetzes hat in Berlin großes Aufsehen erregt. Während die Wirtschaftskreise entsetzt darüber sind, daß nunmehr drei von den insgesamt zehn Mitgliedern des Generalrats durch die Regierung ernannt werden sollen und für dieses Gesetz bereits der Ausdruck „Inflationsgesetz" geprägt worden ist, weil die Festigkeit der Währung mit der Unabhängigkeit der Reichsbank unrennbar verbunden ist, befassen sich die parteipolitischen Zirkel aus dem Regierungslager bereits eifrig mit der Frage, wen man in den Generalrat delegieren soll.

Die Bedeutung der „Sanktions"-Formel

Französische Auslegungskunststücke

fs. Paris, 16. 1 .(Eigenbericht)

In der französischen Presse wird, wie zu erwarten war, die Abmachung über die „Sanktions"-Frage als ein großer französischer Sieg und als ein besonderer Erfolg Tardieus gedeutet. Es genügt, hier die Auslegung anzuführen, die der „Petit Parisien" der neuen Formel gibt. In ähnlicher Weise äußert sich nahezu die gesamte Pariser Presse. Nach dem „Petit Parisien" liegt die Hauptbedeutung der neuen Formel darin, daß nicht mehr von den „Gläubigermächten" in ihrer Gesamtheit, sondern von der und der „Gläubigermacht" gesprochen wird. Diese Worte bedeuten ohne Zweifel, daß im deutschen „Verfehlungs"-Falle eine einzelne Macht den Haager Gerichtshof anrufen und als einzelne Macht nach einem entsprechenden Bescheid des Gerichtshofes handeln könne. Die Handlungsfreiheit bedeute nichts anderes, als daß Frankreich allein von dem „Sanktions"-Artikel des Versailler Diktats Gebrauch machen könne. Dieser Auslegung schließt sich auch Pertinax an. Er findet nur zu bemängeln, daß der Haager Justizhof in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht geeignet sei, eine deutsche willkürliche „Verfehlung" gegen den Young-Plan festzustellen.

Im übrigen schreibt Pertinax, Tardieu habe von den Deutschen erreicht, daß sie nunmehr ein gesonderes Handlungsrecht Frankreichs anerkannt hätten, auf das sich Frankreich 1920 bei der Besetzung Frankfurts und 1923 bei der Besetzung der Ruhr berufen habe, das aber Frankreich dann im Jahre 1924 im Londoner Uebereinkommen aufgegeben habe.

Karl Kraus: „Die letzte Nacht"

Nachtvorstellung im Theater am Schiffbauerdamm

Auf die Gefahr hin, es mit guten Freunden und ehrenvollen Leuten, die die Persönlichkeit des Wieners Karl Kraus auch als Dichter hoch einschätzen, zu verderben, müssen wir erklären, daß diese Aufführung den Eindruck erweckte, als wären wir in das Gespensterreich einer vor zwölf Jahren geborenen und wenige Jahre später schnell verstorbenen Literatur versetzt worden.

Das Bühnenbild

„Die letzte Nacht" ist der Epilog zu der großen dramatischen Kriegsdichtung des Verfassers „Die letzten Tage der Menschheit." Kraus hat ihn 1917 verfaßt und man ist gern bereit, festzustellen, daß damals ein gewisser Mut dazu gehörte, Dinge zu äußern, die in ihrer Gesamtheit zwar ein verzerrtes Bild des Kriegsgeschehens geben, die in manchen Einzelheiten jedoch Wesenszüge beleuchten, die man in jenen Jahren noch übersehen mußte oder in den Schatten stellte. Auch das echte Pathos eines aufgewühlten und erschütterten Menschen wird man anerkennen, daß sich wesentlich davon unterscheidet, was man in den Nachkriegsjahren an billigen, konjunkturgerechten Machwerken erlebte.

Aber dieser Epilog, der während einer Stunde mit Monologen in lapidaren, kochenden Versen vorüberzieht und der seinen Haß gegen den Krieg in eine apokalyptische Allegorie kleidet, kommt dem Wesen dieses vierjährigen Kampfes nicht nahe. Das Frontschwein, das sich zwölf Jahre später, bürgerlich wohl gekleidet, verdrüßt einer solchen Allegorie gegenüberstellt, bleibt recht kühl in Anbetracht der Tatsache, hier nichts als jener seltsamen Kriegsromantik des Hinterlandes zu begegnen, von der die Geschehnisse unendlich weit entfernt waren. 1917 mag es etwas bedeutet haben, wenn ein sterbender Soldat rief: „Ich sterbe für den Kaiser nicht", wenn ein Totenkopfhusar als mumienhaft-schneidige Marionette kommandiert und dabei die Züge des Kronprinzen trägt. Wenn die Presse, die Wissenschaft und alle die, die sich in den Dienst des Krieges stellten, zum Angriffsziel genommen werden und wenn zum Schluß eine unsichtbare Stimme spricht: „Ich habe es nicht gewollt." Zehn Jahre später ist ein Ausspruch „ich sterbe für den Kaiser nicht" eine Banalität und dazu eine falsche. Denn dieses Volk ist nicht für den Kaiser in den Krieg gezogen, und daß ein Offizier mit dem Revolver die Gliedenden zurückgeht, wie dies auf der Bühne gezeigt wird, ist eine charakteristische Literaturerfindung, die dadurch nicht wahrer werden kann, daß solche Ereignisse hier und dort in der Ueberfülle anderer Ereignisse eingetreten sind.

Damit man uns nicht mißverstehe: es handelt sich nicht darum, ob Karl Kraus gegen oder für den Krieg ist, sondern ob dieser Epilog, der den Exhzeiz hat, eine Dichtung zu sein, die überzeitlichen Züge einer solchen trägt. Ob er eine Ahnung offenbart von jenen metaphysischen Triebkräften, die in Wahrheit am Werke waren oder ob er nur eine verzweifelte Aehnlichkeit mit jenen Erzeugnissen besitzt, die darlegen, wie brave anständige Menschen, durch andere, die daraus Profit schlagen, durch Offiziere, die sich drücken, wenn es knallt, durch skrupellose Gaserfinder und Pressehaluncken, denen es nur auf Sensation darauf ankommt, in den Tod gejagt werden. „Die letzte Nacht" trägt zweifellos Züge einer solchen Verplatzung der Dinge und auch das Auftreten des Antichrist in der Maske eines jüdischen Börsenmannes, der eine lange Rede hält, durchdringt nicht die stickige Luft.

Der Aufführung dieses Lesedramas standen große Schwierigkeiten im Wege. Der Regisseur Leo Reuß, der mit Drahtverhauen, Lichtprojektionen, Granatdonner auf halbdunkler Bühne nicht ungeschickt arbeitete (Bühnenbild Rina Tofumbel), löste diese Aufgabe nicht. Ein Heer von Darstellern war aufgeboten, darunter Ponto,